

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. D. Fröh Tarnow, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Pettizelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

In unsere Kritiker.

I.

Zu den Artikeln „Organisationsverderber“ in Nr. 27 und „Die Einheit der Organisation in Gefahr!“ in Nr. 28 der Holzarbeiter-Zeitung hatten wir offizielle Rundgebungen der Generalkommission und des Parteivorstandes publiziert und einige zustimmende Bemerkungen hinzugefügt. Daraufhin sind uns aus Kollegenkreisen mehrere Zuschriften zugegangen, in denen die „einseitige Stellungnahme“ der Holzarbeiter-Zeitung gemißbilligt und Protest dagegen erhoben wird, daß diejenigen Verbandsmitglieder und Parteigenossen, die mit der von der Mehrheit in Gewerkschaften und Partei, einschließlich der Leitung beider Organisationen, eingeschlagenen Richtung nicht einverstanden sind, als Organisationszerstörer bezeichnet werden.

Was das letztere angeht, so wird uns hier eine Anschauung unterzogen, die wir ebensowenig wie die Organisationsvorstände gehabt noch geäußert haben. Beide Rundgebungen richten sich nicht gegen diejenigen, die eine abweichende Meinung vertreten, sondern gegen solche, die die organisatorische Einheit der Bewegung zertümmern wollen. Das ist zweierlei. Es wäre lächerlich, die absolute Gleichheit der Meinungen in einer millionenköpfigen Bewegung verlangen zu wollen. Gefordert werden muß aber, daß die Minderheit sich, wenn nicht in ihren Meinungen, so aber in ihrer organisatorischen Wirksamkeit, dem Willen und den Beschlüssen der Mehrheit unterordnet, Disziplin hält und nicht neben der legalen Verbindung eine Nebenorganisation schafft. Wo dieses letztere geschieht, da ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Organisationsleitungen und ihrer Organe, Einspruch dagegen zu erheben.

Nun ist allerdings die Frage, ob solche desorganisatorischen Handlungen tatsächlich vorliegen. Die Vorstände der Gewerkschaften sowohl als der Partei haben diese Annahme bejaht, und zwar einstimmig. Wohl gemerkt einstimmig, obwohl in beiden Körperschaften ausgesprochene Anhänger der Opposition sitzen! Auch diese haben für die angezogenen Rundgebungen gestimmt, einschließlich des Genossen Haase, dessen Zugehörigkeit zur Opposition doch wohl über jedem Zweifel erhaben ist. Glaubt jemand im Ernst, daß solche alten, erfahrenen Führer, wie sie ausnahmslos in den beiden Körperschaften sitzen, samt und sonders plötzlich am hellen Tage Gespenster sehen, daß sie die Unterlagen für ihre Beschüsse aus der Luft oder dem hohen Bauch holen? Nein, diese Unterlagen waren leider sehr tatsächlicher Natur, sie bezogen sich darauf, daß bereits eine formgerechte Nebenorganisation in der Partei besteht, mit einer Reichszentralstelle und einem über das ganze Reich verbreiteten Vertrauensmännersystem, die ganz systematisch mit Sonderkonferenzen und -versammlungen, Hineinlancieren von Resolutionen in die Versammlungen der legalen Organisation, Verbreitung von unverantwortlichen Flugblättern und anderen Drucksachen, in denen in schamloser Weise die Mehrheit und die Organisationsleitungen angegriffen und die schlimmsten Vertrauensbrüche begangen werden, Organisationszerstörung in aller Form betreibt. Wir zweifeln nicht daran, daß das Gros der Opposition von diesen Machenschaften nicht unterrichtet ist und sie mit der gleichen Schärfe verurteilt wie wir. Aber eben deshalb war es nötig, der Masse die Schelle umzuhängen, zu zeigen, wohin die Reise geht. Wir haben in unseren Ausführungen ausdrücklich den Unterschied gezogen zwischen den „Drahtziehern der Opposition“ und den — wir müssen sie schon so nennen — Mitläufern, die in Unkenntnis der Sachlage auf die ausgelegten Leimruten kriechen. Wir hoffen, daß auch nicht ein einziger unserer Verbandskollegen zu der ersteren Gruppe zu rechnen ist — in bezug auf die Mitläufer können wir das leider nicht mehr sagen.

Damit kommen wir zu der Frage, ob es sich hierbei denn überhaupt um eine Angelegenheit handelt, um die sich die Holzarbeiter-Zeitung zu kümmern hat. In einer kürzlich in der Generalversammlung der Zahlstelle Hannover mit 42 gegen 25 Stimmen (bei mehr als 1500 Mitgliedern!) beschlossenen Resolution heißt es: „Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß der Parteistreit, bei dem auf beiden Seiten gefehlt wurde, unter allen Umständen außerhalb der Gewerkschaft ausgefochten werden muß. Sie erwartet deshalb vom Verbandsorgan strikte Neutralität. Die jegliche Schreibweise desselben ist nur geeignet, den Streit erst recht in die Gewerkschaft hineinzutragen.“ Wir teilen vollkommen die Auffassung, daß Parteistreitigkeiten nicht in den Gewerkschaften auszutragen sind. Soweit wir uns erinnern können, ist die Holzarbeiter-Zeitung auch noch in einem andern Grundsatze redigiert worden. Wir wollen auch hier nicht weiter unterfragen, ob die jetzt zur Debatte stehende Angelegenheit nicht eine solche ist, die die gesamte Arbeiterbewegung angeht. Aber wenn uns von der Parteiposition ein Stankläbel in die Gewerkschaft hineingeführt wird, müssen wir uns das dann stillschweigend gefallen lassen? Oder hat dann nicht vielmehr das Verbandsorgan die Pflicht, ihn mit einem Fußtritt wieder hinauszubefördern? Erinnern wir uns nur einmal, wie die Dinge lagen.

Die bedauerlichen Erscheinungen in der Parteibewegung waren uns schon seit langem bekannt, ohne daß wir in der

Holzarbeiter-Zeitung auch nur mit einem Wort darauf eingegangen wären. Dann erschien das berüchtigte Flugblatt vom 9. Juni, das an den Parteivorstand und die Mehrheit der Reichstagsfraktion gerichtet war und gegen diese Körperschaften die größten Schmähungen und Drohungen mit der Parteispaltung enthielt. Aus guten Gründen können wir den Wortlaut dieses Pamphlets nicht mitteilen. Gegen den etwaigen Vorwurf der Feigheit genügt wohl die Konstatierung der Tatsache, daß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“ nicht den Mut hatten, das Machwerk zu veröffentlichen, obwohl deren Redakteure Mitunterzeichner waren. (Nichtabsetzender ging es uns wie allen Arbeiterblättern mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu!) Für dieses Flugblatt wurden in ganz Deutschland Unterschriften erworben, und dabei beschränkte man sich leider nicht auf die Partei, sondern ging damit in die Gewerkschaftsorganisationen. Bei den Unterzeichnern befanden sich eine Anzahl Gewerkschaftsfunktionäre, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Parteiangehörige, sondern unter Hervorhebung ihrer Gewerkschaftsfunktion! Das erst gab den Anlaß zu unserer Abwehr. Will danach noch jemand behaupten, wir hätten den Streit in unsere Bewegung hineingezerrt?

Noch einmal heben wir ausdrücklich hervor, daß sich die Abwehr und die dabei gebrauchten scharfen Worte nicht schlechtthin gegen die „Opposition“ richteten, sondern gegen die kleine Gruppe der Drahtzieher, die auf die Spaltung hinarbeitete. Wer daraufhin die beiden Artikel noch einmal ohne Voreingenommenheit durchliest, wird das sofort bestätigt finden. Und wer dann trotzdem noch die Kennzeichnung der Organisationsverderber als auf sich gemünzt betrachtet — dem können wir wirklich nicht helfen. Wir müssen aber gegen die Unterstellung Behauptung einlegen, als ob die Anhänger der Mehrheit das „Märchen von den Organisationszerstörern“ ausgedacht hätten, um die Opposition mundtot zu machen. Die Rolle des Märtyrers pflegt ja stets einigen Eindruck zu machen, und es gehört nicht einmal viel Geschick dazu, sie erfolgreich zu spielen. Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Ausdauer die Redner der Opposition in den zahlreichen Versammlungen, in denen sie ganz allein das Wort führen, in bestiger Entrüstung stundenlang auseinanderlegen, daß sie — mundtot gemacht worden sind! Was nun aber die Behauptung anbetrifft, daß die Geschichte von den Organisationsverderbern nur ein Märchen sei, so genügt es wohl, wenn wir noch einmal auf die Tatsache verweisen, daß selbst anerkannte Wortführer der Opposition es für nötig hielten, die Organisationszerstörer zu brandmarken. Sie mußten also doch wohl von ihrer Existenz überzeugt sein. Der Abgeordnete Haase z. B. wird manche Dinge noch als erlaubt bezeichnen, die wir und die Mehrheit unserer Verbandskollegen ohne weiteres als nichtereinerbar mit den Interessen einer Organisation betrachten würden. In einer Verteidigung seiner eigenen oppositionellen Haltung hat er eine Theorie der unbeschränkten Meinungsfreiheit entwickelt, die ebenso anarchistisch wie undemokratisch ist. Aber auch er hat den Ausruf „Gegen Parteizerrüttung“ mitbeschlossen!

In der Resolution aus Hannover wird uns dann noch der Vorwurf der „einseitigen Stellungnahme“ gemacht. Auf beiden Seiten sei gefehlt worden, während wir nur die eine bei den Ohren genommen hätten. Der Vorwurf ist unbillig. Die Holzarbeiter-Zeitung ist nicht der Platz, auf dem die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem rechten und dem linken Flügel der sozialdemokratischen Partei ausgefochten werden können. Hätten die Kolb und seinesgleichen ebenso gehandelt, wie ihre Antipoden vom linken Flügel, hätten sie eine Nebenorganisation errichtet, die Disziplin der Organisation unterwürft und wären damit auch in die Gewerkschaften gegangen, wir hätten das mit derselben Schärfe gebrandmarkt, wie das jetzt gegenüber dem Treiben der linken Gruppe geschehen ist. Wir teilen durchaus nicht die Anschauung der Kolb-Gruppe. Aber solange sie sich im Rahmen der Parteiorganisation bewegt, haben wir weder das Bedürfnis noch das Recht, hier dagegen Stellung zu nehmen.

Nun vermuten wir allerdings, daß unsere „Einseitigkeit“ nicht nur in den beiden angezogenen Artikeln, sondern in der ganzen Haltung, besonders zu den Kriegsfragen, erblickt wird. Nun, wenn es einseitig ist, daß man von zwei auseinandergehenden Meinungen nur die eine vertritt, dann besteht schließlich unser aller Denken und Trachten ausschließlich aus Einseitigkeiten! Das Organ einer großen Organisation, das den Ehrgeiz hätte, in jedem Falle die Meinung aller Organisationsangehörigen zu teilen, wäre entweder zur völligen Meinungslosigkeit verdammt oder müßte das Papier der Zeitung unbedruckt verschicken. Vernünftigerweise kann man vom Verbandsorgan nicht mehr verlangen, als die Vertretung derjenigen Meinung, die es selbst in Gemeinschaft mit der Organisationsleitung und der Mehrheit der Mitglieder für richtig und den Interessen der Organisation am förderlichsten hält. Wenn unsere Stellung zu den Kriegsfragen nicht die Zustimmung aller Verbandsmitglieder findet, so bedauern wir das natürlich. Aber den gelegentlich an uns gerichteten Aufforderungen, „die Schreibweise zu ändern“, können wir ebensowenig entsprechen wie dem Aufinnen, überhaupt keine Meinungen mehr zu haben.

Dagegen sind wir fest davon überzeugt, daß die Unterschiede in den Auffassungen auf einen lächerlich geringen Umfang zusammenschrumpfen, wenn sie nur einmal aus dem Dunkel der gedankenlosen Phrase in das Licht der verstandesmäßigen, objektiven Betrachtungsweise gerückt werden. Die Ausdrucksweise der Kritik, die sich gern in maßlosen Übertreibungen und gedankenlosen Behauptungen gefällt, ist zwar einer ruhigen, sachlichen Auseinandersetzung nicht günstig. Wir denken aber doch, daß es möglich sein müßte, ohne Leidenschaft die Differenzpunkte einer Erörterung zu unterziehen. In unseren weiteren Ausführungen wollen wir uns bemühen, die hier und da gegen unsere Haltung in der Kriegszeit gerichteten Vorwürfe auf ihren Inhalt und ihre Berechtigung nachzuprüfen.

Gewerkschaften und Vereinsrecht.

Bis zum Kriegsausbruch war das Reichsvereinsgesetz ein viel mißbrauchtes Mittel, die Gewerkschaften zu schikanieren und ihre Entwicklung zu hemmen. Die Bestimmungen, die für politische Vereine festgelegt sind, wurden in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis auf die Gewerkschaften übertragen, obwohl diese offensichtlich die Beschäftigung mit Politik nicht als Zweck verfolgen. In der Kriegszeit ist zwar die Verfolgung der Gewerkschaften auf Grund des Reichsvereinsgesetzes eingestellt worden. Um aber diesen Dingen auch für die weitere Zukunft ein Ende zu machen, hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gefordert, folgende Bestimmung in das Gesetz mit aufzunehmen:

„Nicht als politische Vereine gelten solche Vereine, deren Zweck ist, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder oder weitere Kreise herbeizuführen oder zu erhalten, auch wenn sie bei Verfolgung ihrer Zwecke auf politische Parteien, auf die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Landes oder anderer öffentlicher Körperschaften einzuwirken suchen.“

Der Regierungsvertreter, Staatssekretär Dr. Deibitz, machte aus seiner Abneigung gegen den Antrag keinen Hehl, stellte aber Reformen in Aussicht und fand bei dieser Gelegenheit Worte hoher Anerkennung für die Gewerkschaftsbewegung. In konservativen Kreisen wurde der Antrag mit dem Einwand bekämpft, daß er eine Sonderstellung für die Gewerkschaften schaffen würde. Wenn es sich alle anderen Vereine, die politische Angelegenheiten behandeln, gefallen lassen müßten, als politisch angesehen zu werden, könnten auch die Gewerkschaften nicht unter allen Umständen davor geschützt werden. In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ kommt nun der bekannte Gewerkschaftsjurist, Genosse Heinemann, auf die Angelegenheit zurück und meint, daß der Einwand nicht so ganz unberechtigt sei. Es sei immer mißlich, wenn im Gesetz Rechtsgrundsätze festgelegt seien, und dann im Nachhinein für einen bestimmten Fall die Unanwendbarkeit erklärt würde. In Wahrheit habe sich auch der konservative Widerstand nicht gegen den sachlichen Inhalt des sozialdemokratischen Antrages gerichtet, sondern es handle sich „um einen Einwand gegen die technisch-juristische Seite der Frage, gegen die wenig glückliche Fassung des Antrages“. Heinemann hat seit Kriegsausbruch auch schon bei anderen Gelegenheiten in der Beurteilung der zukünftigen Rechtsstellung der Arbeiterbewegung, ihrem Verhältnis zur Regierung und den bisherigen Gegnern, einen Optimismus an den Tag gelegt, in dem wir ihm keineswegs zu folgen vermögen. Wenn er in seinem überschwänglichen Glauben an das große Umlernen bei den bisherigen Gegnern der Arbeiterbewegung sogar bei den Konservativen die alte sachliche Feindschaft gegen die Gewerkschaften sich in nur noch formal-juristische Bedenken umwandeln sieht, so ist das eine Selbsttäuschung, über die sich am meisten wohl die Konservativen selber wundern werden. Wir sehen die Dinge mit nüchternen Augen an, und wenn auch wir trotzdem große Hoffnungen auf die Zukunft setzen, so nicht deshalb, weil wir den Widerstand gegen unsere Bestrebungen als verschwunden ansehen, sondern weil wir uns die Kraft zutrauen, von der in der Kriegszeit eroberten Stellung aus den Widerständen ein größeres Gegengewicht halten zu können als vordem. Doch das hier nur nebenbei.

Das Verdienst des Heinemannschen Artikels liegt in dem Nachweis, daß es geradezu lächerlich ist, von den Gewerkschaften zu verlangen, daß sie sich jeglicher Politik enthalten sollen. Den schlagendsten Beweis von der Absurdität dieser Idee liefert das Verhalten der Gewerkschaften in der Kriegszeit, in der sie sich allgemeine Anerkennung, auch bei der Regierung, gerade dadurch errungen haben, daß sie sich „politisch“ betätigten. Die Tatsachen reden hier eine solche deutliche Sprache, daß es aller Logik ins Gesicht geschlagen hieße, wenn nach dem Kriege die alte Leiter der Gewerkschaftsverfolgung weitergespielt werden sollte. Heinemann schreibt dazu:

„Der Direktor im Reichsamt des Innern Caspar hat bereits in seiner im Jahre 1894 veröffentlichten Schrift über das preussische Vereinsgesetz darauf hingewiesen, daß der Staat außer seinen eigenen Angelegenheiten heutzutage Verhältnisse regelt, die er früher nicht in seinen Bereich zog (Unfall- und Fürsorgegesetzgebung usw.). Diese durchaus zu erörternde, den Grundrissen jeder sozialistischen Partei entsprechende Entwicklung ist nun immer weiter fortgeschritten“

und wird nach dem Krieg, wie wir mit Recht erwarten dürfen, die intensivste Steigerung erfahren. In immer stärkerem Maße sucht die Gesetzgebung durch zwingende Normen auf die Elemente des privatrechtlichen Vertrags, auf die Regelung von Zeit, Dauer und Art der Arbeit, einzuwirken. Wenn so die Gesetzgebung die unbefristete Freiheit des Arbeitsvertrags beseitigt und fordert, daß bestimmte Grundsätze unter allen Umständen Bestandteile des Arbeitsvertrags werden, so sind die Gewerkschaften gezwungen, da ihr Betätigungsgebiet der Arbeitsvertrag ist, sich mit dem vom Gesetzgeber aufgestellten und aufzustellenden Normen zu befassen.

Die wesentlichste sozialpolitische Errungenschaft der Kriegszeit ist die wachsende Erkenntnis der Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs und des sozialen Zwangs. Sollen diese Gedanken nach dem Krieg ihren gesetzlichen Niederschlag finden, so wird der Staat nicht umhin können, sich auch insoweit in den Arbeitsvertrag einzumischen und ihn zwingenden Vorschriften zu unterwerfen, als er reiner Kaufvertrag ist und es sich um den Umfang der Gegenleistung des Arbeitgebers handelt. Damit aber vermehrt sich für die Gewerkschaften die Aufgabe, im Interesse einer besseren Gestaltung der privatrechtlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder und Wirtschaftsverbänden, ihre Aufmerksamkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung zuzuwenden und den Versuch der Einwirkung auf diese zu machen. Es kommt weiter hinzu, daß selbstverständlich die Tätigkeit der Gewerkschaften da auf das staatliche Gebiet hinübergreifen muß, wo der Staat selbst als Arbeitgeber auftritt; und dies wird nach dem Krieg in steigendem Maße der Fall sein, wenn zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse des Staates eine durchgreifende Verstaatlichungsaktion stattfinden wird. Endlich ist ein dritter Punkt in Betracht zu ziehen. In der Sitzung des Reichstags vom 20. März dieses Jahres wies der Staatssekretär des Innern darauf hin, daß die tiefe Klust, durch die vor dem Krieg unser ganzes Volk auseinandergerissen und getrennt gewesen wäre, zu einer Verknüpfung der wirtschaftlichen Bedeutung der Gewerkschaften geführt hätte; zu Unrecht habe man in ihnen nur Agitationsmittel politischer Parteien gesehen, während sie tatsächlich wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hätten, ohne die unser Wirtschaftsleben gar nicht mehr denkbar sei. „Ich habe“, so fuhr der Staatssekretär fort, „schon vor dem Krieg gesagt, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserem Rechtsleben haben, und daß es notwendig sei, hier die bessernde Hand anzulegen.“ Daß, wenn an die Lösung dieser großen Aufgabe nach dem Krieg herangetreten wird, die Gewerkschaften dabei mitwirken müssen und sich nicht aus Furcht, als politische Vereine angesehen zu werden, schweigend verhalten können, wenn über ihr eigentliches Lebensmoment, die Selbsthilfe der Arbeiter, verhandelt wird, versteht sich von selbst.

Wie drei angeführte Momente lassen es als völlig unmöglich erscheinen, daß die von der Rechtsprechung gegebene Definition des politischen Vereins als eines, der beabsichtigt, die Hilfe des Staates in Gesetzgebung und Verwaltung in Anspruch zu nehmen, aufrechterhalten wird. Der Unterschied zwischen einem Verein, dessen Zweck es ist, den Gang der Staatsmaschine zu beeinflussen, und einem Verein, der sich nur des Mittels der Anrufung der Gesetzgebung bedient, um die privatrechtlichen Ziele, zu deren Förderung er gegründet ist, zu erreichen, ist in der gesetzlichen Begriffsbestimmung zum Ausdruck zu bringen.

Die Erfahrungen des Krieges haben uns bewiesen, daß die Gewerkschaften die großen volkswirtschaftlichen Fragen, die sie lösen können und im Interesse der erfolgreichen Durchführung des Krieges, insbesondere der Durchkreuzung des englischen Aushungerungsplans, glänzend gelöst haben, nicht hätten erfüllen können, wenn sie sich ängstlich an die von der Rechtsprechung gezogenen Schranken gehalten hätten. Der Staatssekretär des Innern hat anerkannt, daß die Gewerkschaften während des Krieges ihre Mittel und Einrichtungen in ganz besonderem Maße in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, und daß sie dementsprechend in der Verwaltungspraxis zu behandeln seien. Diese nationale Sittlichkeit setzt voraus, daß die Gewerkschaften mit den Behörden in Verbindung treten, daß sie die Funktionen des Staates in Bewegung zu setzen versuchen, um die sozialen Pflichten, die unser Volk während des Krieges zu erfüllen hat, festzustellen und praktisch die Hilfsarbeit zu organisieren.

Eine viel nützlichere, wenn auch weniger geräuschvolle und weniger agitatorisch wirksame, auch keine rednerischen Vorbeeren einbringende Tätigkeit wäre es, anstatt die doch nicht durchführbare Forderung auf Abänderung des Reichsvereinsgesetzes während des Krieges zu stellen, das im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und in den einzelnen Gewerkschaftsblättern liegende Material über die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitsvermittlung, der Regelung der Warenpreise und Sicherung der Volksernährung, der Versorgung der heimischen Landwirtschaft mit ausreichenden Arbeitskräften, der Ordnung der Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben und der mit Staatsaufträgen arbeitenden Kriegsindustrie usw. in stiller Arbeit zu sammeln. Diese Zusammenstellung wird des wertvollsten Mittel sein, um nach dem Krieg die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes in dem hier vertretenen Sinn zu rechtfertigen. Vieles, was geschehen ist, konnten die Gewerkschaften nur leisten, indem sie sich über die ätzende Auslegung, die die Justiz für dem § 3 des Reichsvereinsgesetzes gegeben hat, in der Not der Stunde in aufbauender, von gegenseitigem Vertrauen getragener Zusammenarbeit mit den Organen des Staates hinwegsetzten.

Conrad Heinemann. Seine Ausführungen scheinen uns ein starker Beweis für die Unmöglichkeit der von ihm vorgeschlagenen Lösung zu sein. Dem Begriff „politische Angelegenheit“ im Gesetz eine solche Definition zu geben, daß alle Tätigkeit, die sie von den Gewerkschaften ausgeht wird, darunter fallen kann. Eine solch einschränkende Begriffsbestimmung würde sich schwerlich finden lassen. Dagegen könnte das erstrebte Ziel erreicht werden, wenn — wie Heinemann es wünscht — im Gesetz klar der Unterschied gemacht würde zwischen Vereinen, deren Zweck die politische Betätigung ist, und solchen, die sich nur gelegentlich der Politik als Mittel bedienen. Aber mit Sicherheit kann niemand behaupten, ob sich nicht auch dann noch Verwaltungsbeamte und Richter finden würden, die in der ge-

legentlichen politischen Betätigung der Gewerkschaften deren Zweck sehen würden.

Aus dem Grunde scheint uns die Verwirklichung des eingangs erwähnten sozialdemokratischen Antrages doch die größere Gewähr für die Sicherung der Gewerkschaften zu bieten. Zum mindesten muß er solange aufrechterhalten werden, bis durch eine anderweitige Fassung des § 3 des Reichsvereinsgesetzes gleiche sichere Garantien für die unge störte Sicherheit der gewerkschaftlichen Arbeit geschaffen worden sind.

Die hohen Löhne der Arbeiterinnen in der Kriegszeit.

Einen interessanten Einblick in die Lohnbedingungen, die für weibliche Klassenmitglieder, also Arbeiterinnen und weibliche Angestellte, in Frage kommen, liefert der Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin für das Jahr 1914.

Diese Kasse ist die größte in Deutschland und umfaßte im Berichtsjahr 193 000 männliche und 252 703 weibliche Mitglieder. Von den letzteren gehörten 28,7 Prozent, also mehr als der vierte Teil, in eine Lohnklasse (Klasse II), für die ein Tagesverdienst von 1,16 Mk. bis 2,15 Mk. festgesetzt ist. Mehr als ein Drittel, 34,2 Prozent, gehörte in die Lohnklasse III mit 2,16 Mk. bis 3,15 Mk. Tageseinkommen. Nahezu zwei Drittel aller weiblichen Mitglieder haben also Verdienste von 1,16 Mk. bis höchstens 3,15 Mk. Nur 10,2 Prozent verdienen von 3,16 Mk. bis 4,15 Mk. täglich und noch viel weniger haben ein höheres Einkommen.

Durch diese Nachweise werden die doch für eine Großstadt recht traurigen Lohnbedingungen für Arbeiterinnen und weibliche Angestellte in helle Beleuchtung gerückt. Mit 3,15 Mk. pro Tag, also mit noch nicht ganz 19 Mk. die Woche, von denen noch die Beiträge für Krankenkasse und Invalidenversicherung abgehen, kann ein Mädchen oder eine Frau, wenn sie allein daheist, zwar auskommen, aber sie darf mit solchem Verdienst keine großen Ansprüche stellen. Alle weiblichen Klassenmitglieder der Lohnklasse III haben aber noch nicht einmal diesen Verdienst. Für diese und die vielen tausend Mädchen und Frauen, die ein noch niedrigeres Einkommen haben, ist es äußerst schwer, ja oftmals ganz unmöglich, in der heutigen Zeit durchzukommen. Unterernährung und sittliche Gefahren für die weniger starken Naturen sind die ganz natürlichen Folgen.

Nun umfaßt der Bericht sowohl eine Zeit vor dem Kriege als auch fünf Kriegsmonate. Da ist es nun interessant, zu sehen, daß nicht etwa die letzteren Monate für eine größere Zahl weiblicher Klassenmitglieder höhere Verdienste gebracht haben. Diese sind vielmehr seit Ausbruch des Krieges ganz bedeutend gesunken.

Nur die Lohnklasse I, mit Tagesentschädigungen bis zu 1,15 Mk., weist vom Januar ab fast ununterbrochen bis zum Jahreschluss Zunahmen der Mitgliederzahlen auf. Dagegen finden wir in der Lohnklasse III die höchste Mitgliederziffer im Mai (113 223), im Dezember aber nur noch 53 836 weibliche Mitglieder. Ebenso ist die Mitgliederziffer in der höheren Lohnklasse IV, mit Tagesverdiensten von 3,16 Mk. bis 4,15 Mk., von 27 927 im Januar und 30 603 im März auf 18 432 im Dezember zurückgegangen. In den Lohnklassen V und VI, die Verdienste von 4,16 Mk. bis über 5,15 Mk. pro Tag voraussetzen, fiel die Mitgliederziffer von 13 834 im Januar auf 10 431 im Dezember 1914.

Durch diese Nachweise kommt deshalb zum Ausdruck, daß die angeblich zahlreichen hohen Kriegslöhne der Arbeiterinnen nur in der Phantasie einiger Leute vorhanden sind, die die wirklichen Arbeits- und Lohnbedingungen für die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in Büros und Kontoren in ihrer Mehrzahl auch heute den schweren Kampf um die Existenz bei geringem Verdienst führen, den sie immer geführt haben. Ja heute ist er schwerer, weil alles viel teurer geworden ist.

Es haben einzelne sehr gut in der Kriegszeit verdient. Ihre Zahl fällt aber nicht ins Gewicht gegenüber den vielen, die nicht mehr, ja sogar weniger hatten als früher. Und die Beschäftigung in den Kreisen, wo gute Verdienste erzielt wurden, läßt heute auch schon ganz erheblich nach.

Also, mit den hohen Löhnen der Arbeiterinnen in der Kriegszeit ist es nichts. Im Durchschnitt haben sie nicht mehr, sondern weniger verdient.

Vielleicht tragen diese Nachweise der Allgemeinen Ortskrankenkasse über die Verteilung der weiblichen Mitglieder auf die Lohnklassen dazu bei, daß das Gerüde über die hohen Kriegslöhne der Arbeiterinnen aufhört.

Der Arbeitsnachweis für das ostpreussische Holzgewerbe

hat nunmehr unter der Leitung des Herrn Dr. Michalle in Königsberg seine Vermittlungstätigkeit aufgenommen. Die Adresse ist:

Arbeitsnachweis für das ostpreussische Holzgewerbe, Königsberg i. Pr., Viktoriastr. 9.

Für die Arbeitsvermittlung sind die in Nr. 25 der Holzarbeiter-Zeitung bekanntgegebenen Vereinbarungen maßgebend, an welche sowohl die Arbeitgeber als auch unsere Kollegen gebunden sind. Danach soll die normale wöchentliche Arbeitszeit 37 Stunden nicht überschreiten, während die Mindestlöhne, Akkordbedingungen und Ueberstundenzuschläge in den Vereinbarungen des näheren enthalten sind. Als wesentlicher Punkt kommt für unsere Kollegen in Betracht, daß den durch den Nachweis vermittelten Arbeitern von dem Arbeitgeber freie Fahrt und ein Zehr geld von 3 Mk. pro Reisetag gewährt werden.

In der Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises heißt es ferner,

„daß die Arbeitgeber den erforderlichen Bedarf an Arbeitskräften entweder direkt oder durch Vermittlung des Arbeitgeberverbandes bei dem Arbeitsnachweis melden, andererseits werden von den Arbeitnehmern Organisationen bzw. von den öffentlichen Arbeitsnachweisstellen die zur Verfügung stehenden Arbeitsuchenden dem Arbeitsnachweis gemeldet.“

Wir richten nun hiermit an alle arbeitslosen Kollegen das Ersuchen, sich entweder ihrer Ortsverwaltung oder dem an ihrem Orte bestehenden Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zwecks Annahme von Arbeit in Ostpreußen zur Verfügung zu stellen.

Persönliche Anfragen der Arbeitsuchenden bei dem Arbeitsnachweis in Königsberg sollen vermieden werden. Derselbe wird seinen Verkehr in der Hauptsache auf die für das Holzgewerbe bestehenden Arbeitsnachweise beschränken.

In denjenigen Orten, wo solche Nachweise für das Holzgewerbe nicht bestehen, müssen unsere Ortsverwaltungen diese Funktion übernehmen und dafür Sorge tragen, daß der Arbeitsnachweis in Königsberg stets darüber unterrichtet ist, wo im Bedarfsfalle arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Nähere Anweisungen darüber werden noch bekanntgegeben.

Münchener Ostpreußenmöbel.

Daß in München die Ostpreußenhilfe praktische Formen angenommen hat, wobei unser stark daniederliegendes Schreinergewerbe berücksichtigt wurde, dürfte den Lesern der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht unbekannt sein. Das für diesen Zweck zustießende Geld wird dazu verwendet, Küchen- und Wohnungseinrichtungen sowie Zimmerschmuck zu schaffen, um einen kleinen Teil jener Not zu lindern, welche russische Grausamkeit verursachte. So sind bereits 400 000 Mark für diesen edlen Zweck gesammelt. Die Zahl der Zimmer, welche für diese Summe beschafft werden können, dürfte, bei einem Durchschnittspreis von 200 Mk., 2000 Einrichtungen betragen. Um nun der Öffentlichkeit zu zeigen, in welcher Weise die Einwohner Münchens unserer nordischen Brüder gedenken und zugleich die Gefesfreudigkeit zu steigern, wurde kürzlich eine Ausstellung von Küchen- und Wohnungseinrichtungen eröffnet.

Es sind 27 Einrichtungen ausgestellt, und der rege Besuch, dessen sich die Ausstellung erfreut, läßt darauf schließen, daß der Zweck erreicht werden dürfte.

Schon die Zusammenstellung lohnt den Besuch. Wenn auch nicht große, in unserem Gewerbe oft auftretende Neuerungen zu sehen sind, so ist doch versucht worden, Geschmacksvolles um wenig Geld zu bieten. Fichte in der Ausführung der Möbel übertrifft alle anderen Holzarten, und es ist ein Beweis, daß Kleinwohnungseinrichtungen mit billigem Holz ganz geschmackvoll und in allen Farben und Tönungen beige hergestellt werden können. Vorherrschend ist der bayerische Stil, zum Teil den ostpreussischen, auch den oberbayerischen Gebirgsgegend Rechnung tragenden Verhältnissen angepaßt. Dosters wirkt der Eindruck etwas drückend für das Auge des Städters. Wenn man jedoch bedenkt, daß der weitaus größte Teil der Einrichtungen für das platte Land bestimmt ist, kann man eine bestimmte Zweckmäßigkeit nicht in Abrede stellen. Daneben sind Einrichtungen ausgestellt, die sich dem kleinstädtischen Milieu anpassen. Die Möbel sind zum überwiegenden Teil beige, gelblich, sandgelblich. Daneben sieht man auch naturfarbige und bemalte Einrichtungen, letztere manchmal etwas schreiend gehalten. Hell bis zum dunkelsten Braun in der Beize, blau vorwiegend bei den bemalten Möbeln ist tauglich angebeut. Bei manchen Schlafzimmereinrichtungen wirkt das Gesimse an den Kästen und Bettauflagen etwas schwer, wenn nicht plump, weil die Möbel an sich oft anormale Maße aufweisen. Der Bauerntisch mit seinem schrägen Gestell, Truhen als Sitzbänke, einfache, aber geschmackvoll entworfene Küchenbüfets geben den Wohnküchen etwas Gemütliches, Anheimelndes und zur Gast Einladendes. Nur die Sessel könnten manchmal etwas derber gehalten sein. Die Schlafzimmer machen manchmal einen etwas düsteren Eindruck, durch die Tönung der Einrichtungsgegenstände bestimmt. Hell wirkt immer freundlicher. Bilder aus den Kämpfen und Bewüstungen in Ostpreußen, Sindenburg und andere Heerführer bilden häufig den Zimmerschmuck und geben der Wohnung selbst etwas historisches, an die schwere Zeit immer erinnerndes Gepräge. Eine Wohnküche mit Schlafzimmer, von Herrn Kommerzienrat Dall-Armie gestiftet, blau angefrücht, die Stühle weiß gefast, Füllungen mit Blumen und dergleichen bemalt, der Zimmerschmuck im selben Ton gehalten, wirkt geradezu reizend. Alle Ausstellungsgegenstände sind sauber gearbeitet. Hoffentlich dürfen wir letzteres auch von jenen Einrichtungen erwarten, welche in Massen hergestellt werden.

Von den ausführenden Firmen und Meistern sind zu nennen: Ballin, Pöffenbacher, Deutsche Werkstätten, Schwinge, Till, Wanner, Gruber, Pichler u. Seidl, O. Steinbeiß (Brandenburg). Als Entwerfer der Einrichtungen die Herren Kunstmaler Delcroix, Prof. Hauberrisser, Rauh, E. Seidl, Wiese, Pfeiffer und K. Betsch.

Im großen und ganzen kann wohl gesagt werden, daß sich alle Mühe gegeben haben, mit wenigem Schönes und Gediegenes zu schaffen, wenn man berücksichtigt, daß die Preise der Einrichtungen nicht allzu hoch bemessen sind. Es wäre nur zu wünschen, daß auch andere Städte dem Vorbild Münchens folgen möchten. Einmal erheischt es das Solidaritätsgefühl, unseren in harte Bedrängnis geratenen nordischen Landsleuten aus der ärgsten Not zu helfen, zum andern unserm Gewerbe, welches, besonders in der Provinz, noch nicht auf Rosen gebettet ist, neues Leben zuzuführen. Es ist ohne Zweifel, daß in allen Orten bei der begüterten Klasse das Gefühl wachgerufen werden muß, ihren Opfer Sinn zu betätigen, und es bedarf nur eines Anreizes, um diesen edlen Zweck zu erreichen. M. S.

Aus der Holzindustrie.

Ueber den Geschäftsgang in einigen wichtigen Zweigen der Holzindustrie im Monat Juni berichtet die Calwerische „Arbeitsmarkt-Correspondenz“:

Werften. Der Geschäftsgang auf den deutschen Werften hat im Monat Juni eine Besserung erfahren. Kann man den Beschäftigungsgrad auch noch nicht als durchwegs gut bezeichnen, so ist doch die Tendenz einer stärkeren und allgemeinen Belebung unverkennbar. Ob die Besserung von längerer Dauer sein wird, ist bei den kleineren Werften nicht zu beurteilen, während man die Frage bei den größeren bejahen kann. Freilich hängt auch viel von der Lösung der ziemlich heiklen Arbeiterfrage ab. Schlecht beschäftigt sind nur ganz kleine Betriebe und Reparaturwerften. Im all-

gemeinen ist die Arbeitszeit normal. Immerhin wird auf einzelnen Werften auch stark mit Ueberstunden gearbeitet.

Waggonfabriken. Die leichte Abschwächung, die der Beschäftigungsgrad der Waggonfabriken im Mai aufgewiesen hatte, ist im Juni so ziemlich wieder verschwunden. Der Geschäftsgang wird zwar meist immer noch als nur befriedigend bezeichnet, doch hat die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeitsgelegenheit gut bzw. sehr gut ist, zugenommen. Nur in ganz wenigen Betrieben wird dagegen der Geschäftsgang als schlecht bezeichnet. Zu den Etablissements, in denen sehr viel zu tun ist, gehören die Lintehofmann-Werke in Breslau, deren Beschäftigtenziffer eine Steigerung erfahren hat. Die Arbeitszeit ist ziemlich normal, doch fehlt es nicht an Betrieben, in denen mit Ueberstunden gearbeitet werden muß. Die vorliegenden Aufträge sollen eine Fortdauer der befriedigenden Geschäftslage für längere Zeit sichern, doch sind derartige Angaben oft Verallgemeinerungen einzelner Beobachtungen und deswegen mit großer Reserve aufzunehmen. Wünschenswert wäre aber ein zusammenfassender Ueberblick über die Bewegung und Verteilung der Aufträge, woraus sich auf die weitere Gestaltung des Beschäftigungsgrades mit ziemlicher Sicherheit schließen ließe.

Automobilindustrie. Die Automobilfabriken hatten auch im Juni einen befriedigenden Geschäftsgang. Daß manche Betriebe sogar sehr flott zu tun haben, das zeigen namentlich die Abschlüsse der großen Aktienbetriebe, von denen wir nur Benz u. Co. in Mannheim nennen wollen. Hier ist nicht nur der Geschäftsgang sehr gut, es wird auch mit sehr hohem Gewinn gearbeitet. Freilich, man darf das Bild, das einige wenige Aktienbetriebe bieten, nicht verallgemeinern. Es gibt auch Betriebe, in denen der Geschäftsgang zu wünschen übrig läßt. Der Umfang der Arbeitsgelegenheit hängt zum Teil von Umständen ab, die mit der Herstellung von Automobilen an sich nichts zu tun haben. Nicht für alle Betriebe liegen aber solche Umstände vor, und nicht von allen, für die sie vorliegen, können sie auch ausgenützt werden.

Rähmaschinenindustrie. Der befriedigende Geschäftsgang in der Rähmaschinenindustrie hat auch während des Monats Juni fortgedauert. Es fehlt zwar auch nicht an Betrieben, die den Geschäftsgang noch immer als schlecht bezeichnen, aber bei einigen dieser Betriebe rührt das daher, daß andere Abteilungen des Gesamtbetriebes um so besser beschäftigt sind, die Rähmaschinenabteilung also mit einer gewissen Abseitlichkeit etwas links liegen gelassen wird. Bei anderen Betrieben freilich, die ausschließlich Rähmaschinen herstellen, rührt der schlechte Geschäftsgang wohl daher, daß es ihnen nicht gelungen ist, ihren Betrieb auf die Kriegskonjunktur umzustellen, oder daß sie sich darum überhaupt nicht bemüht haben. Die große Mehrzahl der Betriebe arbeitet bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von rund 55 Stunden.

Bürsten- und Pinselproduktion. Der Geschäftsgang in den Bürsten- und Pinselbetrieben war im Juni äußerst ungleichmäßig. Neben Betrieben, die gut und sehr gut beschäftigt sind, finden wir ebensoviele, deren Geschäftsgang als schlecht bezeichnet wird. Daneben gibt es auch Betriebe, die immerhin befriedigend zu tun haben. Ueberarbeit wird freilich nur ganz vereinzelt gemacht, während verkürzte Arbeitszeit auch in solchen Betrieben vorkommt, deren Geschäftsgang als befriedigend charakterisiert ist.

Klavierfabriken. Der Geschäftsgang wird für alle Klavierfabriken, für die Berichte über den Monat Juni vorliegen, als schlecht bezeichnet. Die Zahl der noch Beschäftigten ist ganz minimal, alle überschüssigen Kräfte sind in andere Gewerbe abgewandert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Juli ist spätestens bis zum 2. August an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 51319 Robert Przemel, Eschl., geb. 24. 9. 61 zu Fleischwiz.
94730 Otto Altmann, Eschl., geb. 6. 7. 69 zu Weigersdorf.
275297 Jakob Abelein, Eschl., geb. 1. 5. 77 zu Umlishegen.
643035 Robert Fink, Eschl., geb. 5. 6. 79 zu Heilbronn.
689088 Wilhelm Bode, Mod.-Eschl., 10. 3. 96 zu Biberich.
712503 Fr. Sewing, Bürstenn., geb. 4. 9. 95 zu Hildenhausen.
719965 Eilert Lumbert, Eschl., geb. 3. 8. 97 zu Egeis.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2. Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. August d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. (Erklärung der Abkürzungen: Fa. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnerh. = Aufschlag auf die bisher gezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittl. = Durchschnittsstundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Akkordl. = Akkordtarife.)

Edentosen (Fa. Niederhöfer Söhne): Lohnerh. 1 Pf.

Frankfurt a. S. (Fa. Dame u. Co.): Arbzt. von 57 auf 55 Stunden mit Lohnausgleich für die Abteilung Fußbodenfabrikation.

Friedberg (Büromöbelfabrik in Groß-Larben): Lohnerh. 1 Pf.

Fürstentum: Arbzt. von 54 auf 53 Stunden. Lohnerh. 1 Pf.

- München (Seifenfabrik Suama Nachflg.): Lohnerh. 1 Pf.
Münchberg (Drechsler): Arbzt. von 54 auf 53 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. 52 Pf.
Oberhausen: Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittl. 57 Pf.
Prießus (Fa. Gotthold Schmidt): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. 48 Pf.
Rieja (Sächsische Möbelindustrie): Arbzt. von 56 auf 55 Stunden. Lohnerh. 1 Pf. und entsprechende Steigerung der Mindestlöhne.
Saalfeld (Gajer): Lohnerh. am 15. August 2 Pf.
Schönheide (Fa. Friedrich u. Sohn in Eibenstadt): Lohnerh. 2 Pf.
Trebbin (Fa. Binge): Lohnerh. 2 Pf.
Weida: Lohnerh. 2 Pf.

Die Magionswerte in Ulm haben neben einer besseren Regelung der Akkordarbeit eine Erhöhung der Stundenlöhne zugestanden, die für 64 Beschäftigte 3 Pf., für 18 Beschäftigte 4 Pf. und für 8 Beschäftigte 5 Pf. beträgt.

In der Waggonfabrik in Görlitz ist eine Teuerungszulage von wöchentlich 75 Pf. bewilligt worden. Die Arbeiterschaft hat den Ausschuß beauftragt, wegen einer Erhöhung dieser Zulage vorstellig zu werden.

Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: Die anhaltende Teuerung des Fleisches und aller Bedarfsartikel veranlaßt eine rege Nachfrage nach Fischen als Ersatz für Fleischnahrung. Natürlich kann die Hochseefischerei während des Krieges nicht in dem Maße betrieben werden wie sonst; aber es ist doch möglich geworden, ein beträchtliches Quantum Seefische auf den Markt zu bringen. Da die Fische von den Unterweserorten in Körben nach auswärts versandt werden, übt der gute Geschäftsgang der Fischereiuunternehmer seinen wohlthätigen Einfluß auf den Beschäftigungsgrad der Korbmacher aus. Früher wurden vielfach Fischkörbe von auswärts bezogen, da aber während des Krieges die Korbmacher überall bei Anfertigung anderer Korbwaren lohnenderen Verdienst fanden als bei der Herstellung schlecht bezahlter Fischkörbe, sehen sich die Fischereiuunternehmer auf die hiesigen Korbmacher angewiesen. Unsere Kollegen traten nun mit dem Wunsche um eine Teuerungszulage an ihre Arbeitgeber heran und fanden bei diesen nach einigem Sträuben auch Verständnis, was ja begreiflich ist, da auch die Arbeitgeber an sich selber die Wirkung der Lebensmittelteuerung fühlen. Nach mehreren Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, wonach auf die bisherigen vertraglich geregelten Akkordpreise eine Teuerungszulage von 14 bis 20 und 30 Pf. pro Korb gewährt wird. Hierdurch sind die Kollegen in die Lage gesetzt, die jetzigen schlimmen Teuerungsverhältnisse besser überwinden zu können. Es wäre uns erwünscht, wenn noch einige tüchtige Kollegen hier in Arbeit treten würden.

Aus dem Holländischen Möbelarbeiter-Verband.

Ueber die Lage unseres holländischen Bruderverbandes schreibt dessen Vorsitzender F. v. d. Walte im Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter:

Der Stand des Holländischen Möbelarbeiter-Verbandes hat sich seit dem Bericht in Nr. 1 des Bulletin einigermaßen gebessert. Er ist zwar noch immer ungünstig, aber doch wesentlich günstiger als in den ersten Monaten nach Ausbruch des europäischen Krieges. Von 2576 Mitgliedern waren im März noch 9 Prozent ganz und 6 Prozent teilweise arbeitslos, während im September v. J., zur Zeit der größten Arbeitslosigkeit, 28 Prozent ganz und 25 Prozent teilweise arbeitslos waren. Zum Militärdienst sind 15 Prozent eingezogen, in Arbeit standen im September 32 Prozent, im März 70 Prozent der Mitglieder.

Die Besserung ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß eine gewisse Beruhigung wiedergekehrt ist und die Gefahr, daß Holland noch mit in den Weltkrieg einbezogen werden könnte, geringer erachtet wird als vor einigen Monaten. Auch haben sich die Reichsregierung und die verschiedenen Staatsbehörden bemüht, die wirtschaftliche Lage zu heben, wovon auch unsere Industrie profitierte. Es ist viel Arbeit vergeben worden, auch Möbelarbeiten, worauf es zurückzuführen ist, daß die Anzahl der Arbeitslosen so gesunken ist.

Daß die Lohninbuße, die unsere Mitglieder in den seitherigen Kriegsmonaten betroffen hat, eine große ist, zeigt folgende Uebersicht über die Arbeitslosigkeit im ganzen Verband vom 1. August bis 31. März:

Table with 7 columns: Monat, Zahl der Arbeitslosen, Verfügbare Zeit, In Militärdienst, Arbeitslosigkeit, Lohnverlust für Lage, Gesamte Lohninbuße in Gulden. Rows for August, September, October, November, December, January, February, March, and a total row.

Dem großen Lohnverlust steht unsere Arbeitslosenunterstützung gegenüber. Die Unterstützung erfolgt aus der eigenen Kasse mit einem Zuschuß des Reiches und der Gemeinden. Besondere Unterstützungskomitees, welche zu Beginn der Krisis errichtet wurden, gewähren den organisierten Arbeitern zu ihrer Verbandsunterstützung einen Zuschlag für Kinder. Die Unterstützung beträgt bisher aus der eigenen Kasse 2428 Gulden, vom Reich und den Gemeinden 40 216 Gulden, von Unterstützungskomitees 12 042 Gulden, insgesamt 55 686 Gulden.

Ein ebenso großer Betrag kommt als Militärunterstützung hinzu, so daß die Gesamtsumme ungefähr 117 500 Gulden beträgt. Trotzdem bleibt für unsere Mitglieder ein Verlust an ihrem Einkommen in Höhe von 478 143 Gulden. Dieser große Verlust und dazu die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise bedeuten recht schwere Zeiten für unsere Kollegen. Sie sind aber immer noch leichter zu ertragen,

als wenn unser Land auch mit in den Krieg hineingezogen würde.

Trotz aller Schwierigkeiten, die der Organisation jetzt entgegenstehen, schreitet unser Verband vorwärts und die Mitgliederzahl steigt, was bei den gegnerischen Gewerkschaften, den katholischen, christlichen und anarchistischen, nicht der Fall ist. Wir vertrauen denn auch darauf, daß diese Zeiten dazu beitragen werden, den Arbeitern die Augen zu öffnen und sie zu belehren, daß die Arbeiter nur einen Feind haben, den Kapitalismus.

Daß wir in Holland stark nach dem Frieden verlangen, wird jeder begreifen, denn dieser entfehlige Krieg bringt den Arbeitern, auch der neutralen Länder, nichts als Hunger und Elend.

Die Niederländische Gewerkschaftszentrale hat in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Aktion eingeleitet, um die Lebensmittelpreise wieder auf den Stand vor dem Krieg zurückzubringen. Die zuständigen Minister haben auch weitgehende Zugeständnisse gemacht, trotzdem werden die Arbeiter die Sache mit aller Stärke selbst führen müssen. Das sieht auch jeder ein und bemüht sich, daß die Besprechungen der Minister in Laten umgesetzt werden.

Wird so in Holland durch die Gewerkschaften angestrengt und erfolgreich gewirkt, so richten wir auch unausgesetzt unseren Blick nach den Ländern, in denen der Krieg wütet. Wir Holländer sind kein Militärvolk, wir verabscheuen den Krieg und verstehen es daher nicht, wie man noch immer von „Durchhalten“ sprechen kann. Hat das Vaterland denn soviel Wert für die Arbeiter? Auch wenn das wäre, sollte dennoch nur ein Gedanke und ein Wille uns durchströmen: „Friede!“

Darum verfolgen wir mit Aufmerksamkeit, was in den kriegführenden Ländern vorgeht. Wenigstens ist noch ein Lichtpunkt in dieser entfehligen Zeit zu konstatieren, daß die Organisationen intakt bleiben. Hoffen wir, daß dies so bleibt, daß das Proletariat seine einzige Waffe behütet und daß baldigt die internationale Solidarität wieder alle nationalistischen Phrasen überönt.

Das Klasseninteresse der Arbeiter erfordert Friede, erfordert internationale Solidarität, kann keinen nationalen Chauvinismus vertragen. Halte! darum auch unsere internationale hoch!

Der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe.

A. C. Als der Krieg begann, herrschten die größten Besorgnisse wegen seiner Wirkungen auf das gesamte Baugewerbe und die Baustoffindustrie. Diese Befürchtungen sind zum Teil auch eingetreten, indem die Bautätigkeit bis auf ein Weniges zurückgegangen ist. Die private Bautätigkeit ruhte bald fast ganz und gar, aber auch die öffentliche Bautätigkeit ging sehr stark zurück. Besonders sorgenvoll blickte man auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe: man befürchtete ein riesiges Anschwellen der Arbeitslosigkeit. Und in der Tat, in den ersten Monaten war gerade im Baugewerbe die Arbeitslosigkeit ganz besonders hoch. Nur langsam ging sie im Jahre 1914 zurück, um dann im Laufe des Jahres 1915 um so auffallender zu fallen. Die Bewegung der Arbeitslosenziffern nach der Statistik des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes zeigt folgendes Bild. Sie betrug am Ende des Monats in Prozent der Mitgliederziffer:

Table with 2 columns: Month, Percentage of unemployed members. Rows for Aug. 1914, Sept., Okt., Nov., Dez., Jan. 1915, Febr., März, April, Mai.

Der Rückgang im laufenden Jahre ist ganz besonders auffallend. Es sei darauf verwiesen, daß im Mai 1914 die entsprechende Arbeitslosenziffer sich auf 1,8 Prozent stellte, also etwas höher war als im laufenden Jahre. Noch deutlicher zeigt sich die relative Besserung am Arbeitsmarkt, wenn wir die Bewegung des Andranges in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit dem Andrang im Vorjahre vergleichen. Es kamen auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Table with 2 columns: Month, Number of applicants per 100 positions. Rows for January, February, März, April, Mai.

Die günstigere Verfassung des Marktes im laufenden Jahre ist aus dieser Zifferreihe sofort ersichtlich. Selbstverständlich ist diese relative Gunst keineswegs auf die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe zurückzuführen, vielmehr ist einmal zu berücksichtigen, daß das Baugewerbe einen sehr großen Teil seiner Angehörigen im Felde zu stehen hat; eine stark verringerte Bautätigkeit würde dann immer noch hinreichen, um die Zurückbleibenden zu beschäftigen. Aber man darf bezweifeln, daß damit allein die günstige Lage des Arbeitsmarktes erklärt ist. Vielmehr ist als weiterer Umstand zu berücksichtigen, daß sehr viele Arbeitskräfte, die sonst im Baugewerbe tätig sind, sich an anderen Berufen zugewandt haben. Daraus erklärt sich zum Teil auch der Gegensatz in der Bewegung der Arbeitslosenziffern und der Andrangsziffern. Vor allem dürften sehr viele Bauarbeiter in diesem Jahre in der Landwirtschaft tätig sein, aber auch viele Zweige der Warenherstellung haben zahlreiche Bauarbeiter aufgenommen. Besonders stark hat von Januar bis Mai der Andrang am Arbeitsmarkt für Bauarbeiter in Pommern, in der Provinz Sachsen, in Braunschweig, Thüringen, in Oldenburg, in Schleswig-Holstein und in Westfalen abgenommen. In allen den genannten Landesteilen war der Andrang so niedrig, daß die Nachfrage nach Bauarbeitern nicht immer befriedigt werden konnte. Es sind gerade die Landesteile, in denen die Bauarbeiter sich besonders der Landwirtschaft zugewandt haben dürften. Unter dem Reichsdurchschnitt stand der Andrang im Mai dann noch in folgenden Landesteilen: Posen, Schlesien, Hannover, Rheinlande, Hessen-Nassau, Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Dagegen blieb er noch mehr oder weniger hoch über dem Reichsdurchschnitt in Ost- und Westpreußen, im Königreich Sachsen, in Brandenburg einschließlich Groß-Berlins, in Hessen und in den Stadtgebieten Lübeck und Hamburg. Wenn auch ein voller Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nicht erfolgt ist, aus einer Reihe von Gründen auch nicht erfolgen kann, so hat

sich doch die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Laufe des Krieges, und ganz besonders im laufenden Jahre, über Er warten günstig entwickelt, obwohl die Bautätigkeit selbst bis auf ein Minimum zurückgegangen ist.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz ist nach Mitteilungen, die uns in den beiden letzten Wochen zugehen, folgenden Kollegen verliehen worden: Paul Beier, Tischler, aus Breslau (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Alfred Dorn aus Finsterwalde (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Rudolf Richter, Tischler, aus Guben (wurde vorher zum Unteroffizier befördert, ist aber inzwischen gefallen); Otto Bering aus Klosterfeld; Heinrich Jakob, früherer Bevollmächtigter der Zahlstelle Kreuznach; Karl Wagner, Wilhelm Neutsch, Willi Kelle, alle drei Schiffsbauer, aus Schönebeck a. E. Simon Kille, Schreiner, aus Wolfratshausen, erhielt die Silberne Verdienstmedaille; die Kollegen Konrad Weinheimer und Otto Schäfer aus Quedlinburg wurden zu Unteroffizieren befördert (letzterer erhielt gleichzeitig das Eisene Kreuz), und Hermann Kämpf, Peitschenhobler, aus Merseburg, wurde zum Feldwebel befördert.

Gewerkschaftliches.

Die Münchener Gewerkschaften nach elf Kriegsmonaten. Das Bayerische Statistische Landesamt beabsichtigt, in das neu erscheinende statistische Jahrbuch eine Uebersicht über Höhe und Art der von den größeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Bayerns seit Kriegsausbruch bis 1. Juli 1915 betätigten Kriegsfürsorgeleistungen aufzunehmen.

Von den Münchener freien Gewerkschaften waren bis zum 1. Juli 1915 im ganzen 22 614 Mitglieder zum Kriegsdienste eingezogen. In den elf Kriegsmonaten wurden aus-

gezahlt an Arbeitslosenunterstützungen 532 301,70 M., an Unterstützungen für die Familien von Kriegsteilnehmern 318 570,28 M.; die für ins Feld gefandte Liebesgaben ausgegebene Summe beläuft sich auf 19 218,60 M.

Wie aus diesen Ziffern ersichtlich ist, wurden von den einzelnen Organisationen, trotz des großen Abganges von Mitgliedern und der dadurch herbeigeführten Minderung der Einnahmen, ganz bedeutende Summen für soziale und Kriegsfürsorgezwecke verausgabt.

Zur Verständigung unter den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. In dem soeben erschienenen Jahresbericht für 1914 des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit während des Krieges hingewiesen.

„Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es steht außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird.

„Es wird eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisation sein, wenn einmal der Friede da ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.“

Soziale Rechtspflege.

Berechtigt der Krieg zur plötzlichen Entlassung?

Ein für die gesamte deutsche Arbeiterchaft interessanter Rechtsstreit ist dieser Tage zur Entscheidung gekommen. Der Ausbruch des Krieges haben die Glasindustriellen fast ohne Ausnahme die Arbeiter plötzlich entlassen, trotzdem sie 14tägige Kündigungsfrist zu beanspruchen hatten.

Das Amtsgericht Sulzbach hat jetzt jedoch den Anspruch auf 14tägige Kündigungsfrist und damit zusammenhängend auf die Entschädigung ausgesprochen. Das Urteil hat folgenden Wortlaut:

„In Sachen des . . . in Friedrichsthal, Kläger, gegen die Oldenburgische Glashütte in Friedrichsthal-Saar, Beklagte, hat das königliche Amtsgericht zu Sulzbach, Abt. auf die mündliche Verhandlung vom 13. Juli 1915 durch den Amtsrichter Jakob für Recht erkannt: Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 56 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Der Richter hat mit Recht anerkannt, daß der Krieg der Grund ist, die Arbeiter plötzlich, ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist, zu entlassen. Eine solche Maßnahme würde nicht nur sehr unsozial sein, sondern auch allem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagen.

Gestorbene Mitglieder.

- Gustav Rohlfase, Maschinenarbeiter, 31 Jahre alt, gest. in Rathenow.
Mag Standfuß, Maschinenarbeiter, gest. in Königstein.
Traugott Lutzmann, Tischler, 55 Jahre alt, gest. in Eilenburg.

Ehre ihrem Andenken.

Holzarbeiter-Verbände und Holzarbeiter, die eine ensüheliche Adresse über das Mitglied, Tischler Ewald Schlegel, geben können, werden gebeten, diese jeweils Nachforschung an die Expedition dieser Zeitung zu senden.

3 tüchtige Anschläger gesucht. E. Rado, Rortheim, Hann., Rhumestr. 21.

Tüchtige selbständige Möbelschreiner auf feine Arbeiten stellt sofort für dauernde Arbeit ein. Möbelfabrik M. Reutlinger & Co. Karlsruhe am Wehrbahnhof.

Einen tüchtigen Bautischler stellt sofort ein. Aug. Stiegel, Jänsdendorf b. Sudenwalde.

Tüchtiger Bau- und Möbeltischler, welcher auf Treppen selbständig arbeiten kann, gesucht. S. Lene, Arcisstr., Braunschweig.

Gänzlich militärfreier, solider Hutformentischler tüchtiger Gesmann, bei gutem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen u. Altersangabe an Schramm & Grubbe, Hutformfabrik, Hamburg 3, Hüften 70.

Bertreter

Vertreter der Werkzeugfabrik Sieffinger Nürnberg.

Wir suchen für sofort für unsere Fabrik einen durchaus

tüchtigen Meister

Derselbe muß schon in großen Betrieben gleiche Stellungen bekleidet haben und erstklassige Zeugnisse aufweisen können.

Rheinische Möbelfabrik Kirfel & Kaiser, Aachen.

Tüchtige Drechsler auf Heeresarbeit stellt ein Julius Tapper, Drechslermeister, Stargard i. Pomm., Lehmannstr. 10.

Einen tüchtigen Holzdrechsler stellt sofort ein W. Boenike, Coswig-Anhalt.

Gesucht einige Korbmacher auf Fischkörbe bei 14 bis 30 Pf. Steuerzuschlag pro Korb auf die Tariflöhne. Ortsverwaltung Bremerhaven, Deich 51/55.

Korbmacher sucht Albert Gregori, Hartthau b. Chemnitz, Klaffenbacherstr. 42.

Gesucht mehrere Korbmacher auf Geschloßkörbe. B. Fitzchen, Korbmacherei, Geestemünde, Reichstr. 47.

3 Korbmacher auf Geschlagenes sucht für dauernd Herm. Kummer, Schmöln (E.-Altenburg).

2 Korbmacher auf Weiß- und Grün geschlagen gesucht. E. Walz, Gardelegen (Altmark).

Korbmacher auf Geschloßkörbe gesucht. Gebr. Wolff, Bernburg.

Korbmacher gesucht auf Geschloßkörbe, Modell 98, in Beide, mit einjährigem Zuschlag, Akkordlohn. Guter Wochenverdienst. Emil Reckle, Korbfabrik, Freiburg i. Br.

Korbmacher. Einige Arbeiter auf Geschlagen und einige auf gekreuzte Weidenstühle bekommen Arbeit zu hohem Akkordlohn bei K. Beagler, Korsgade 16, Kopenhagen.

3 tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht. B. Winkler, Korbfabrik, Herrschdorf i. Riesengebirge.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16 - - - Am Köllnischen Park 2. Den Zahlstellen-Verwaltungen empfehlen wir: Einladungs-Postkarten für Mitglieder-Versammlungen. 100 Stück 1,20 M., 500 Stück 4,50 M.

Demnächst erscheint das Jahrbuch 1914 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Preis brosch. 2,- Mk., geb. 2,50 Mk. Den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes liefern wir das broschürierte Exemplar zu 75 Pf. und das gebundene zu 1,20 M.

4 bis 5 Korbmacher auf grüne Mattarbeit sofort verlangt. Emil Hilse, Wolgast i. Pommern.

Ein tüchtiger, selbständiger Bürstenmacher sofort gesucht. Joh. F. Kämmerling, Frankenthal (Wald).

Korfschneider zum Zu- und Rundschneiden sofort gesucht. Lohnansprüche nebst Zeugnis-Abschriften an Wormser Korwarer-Industrie Worms a. Rhein.

Für die Kollegen im Felde! Führer für den Militärpflichtigen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dargestellt. Zweite Auflage. Preis 30 Pf. Tornister-Wörterbuch. Französisch. Mit genauer Angabe d. Aussprache. Neu bearb. von Oberleutnant v. Welkin. Preis 60 Pf.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Berufsart, and sub-columns A, B, C for each. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Fort, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Vor. Woche.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.